

durch die Beschäftigung mit den französischen Angelegenheiten verzögert — erst Anfang Juni abgefasst wurde¹⁾, wird auf den Frieden bezug genommen. In erster Linie ist Friedrich natürlich für Verweigerung aller sonstigen Beratungen vor Bestätigung der Deklaration und womöglich auch Erlangung der Freistellung. Wenn dies nicht thunlich, will er, wie beiläufig weniger aus der Instruktion als aus seinem späteren Verhalten hervorgeht, wenigstens die endgiltige Bewilligung der Türkensteuer von der Anerkennung der Deklaration abhängig machen²⁾.

Für die Pfälzer hatte übrigens der französische Friedensschluss und namentlich der Umstand, dass derselbe mit Hilfe der Waffen Johann Casimirs errungen war, noch eine besondere Bedeutung. War das kriegerische Unternehmen des jungen Pfalzgrafen bei seinem Beginne auch von den glaubensverwandten Fürsten fast ohne Ausnahme verurteilt worden³⁾, so trug sein glücklicher Ausgang jetzt nicht wenig dazu bei, das Ansehen der Pfalz bei diesen wie überhaupt im Reiche zu erhöhen und sie in den Stand zu setzen, auf dem Reichstage eine ganz andere Rolle zu spielen, als auf dem Wahltage des vergangenen Jahres⁴⁾.

Ehe wir jedoch zur Schilderung der Reichsversammlung übergehen, müssen wir noch einen Blick auf die Lage des Kaisers und die Regungen im katholischen Lager werfen.

IV. Der Kaiser.

Sehr bald nach dem Wahltage gelang es Maximilian, die unmittelbare Gefahr eines türkischen Angriffs, die er dort so nachdrücklich geschildert hatte, durch eine Verlängerung des

1) Kl. II 955 Anm. 2) Häberlin X 254 ff.

3) Für die weltlichen Kurfürsten s. oben S. 178 f.; selbst Landgraf Wilhelm hatte abgeraten, Kl. II 893.

4) v. Bezold I 181, 206 f.; vgl. bes. die nach Schluss des Reichstages niedergeschriebene Bemerkung Wittgensteins (ib. 207 A. 1) „Accessit deinde Gallicae illius expeditionis successus non infaustus, qui principis nostri autoritatem et gratiam apud bonos magis auxit ac piis spem sortis melioris dedit“.

Waffenstillstandes um acht Jahre zu beseitigen¹⁾. Allerdings war man — mit Ausnahme derjenigen, welche die Lage möglichst günstig darzustellen suchten, weil sie eine Reichskontribution zu vermeiden wünschten — ziemlich allgemein überzeugt, dass der Sultan diesen nicht halten würde. Vor allem aber trat eine neue sehr schwierige Verwicklung ein. In Polen förderte nämlich um Mitte Dezember der Reichstag zu Warschau eine zwiespältige Wahl zu Tage. Die eine Partei, welcher der grösste Teil der Senatoren unter Führung des Erzbischofs von Gnesen angehörte, erhob statt des Erzherzogs Ernst, für den der Kaiser als Bewerber aufgetreten war (S. 177), diesen selbst; die andere, zu der die Mehrheit des Adels zählte, den Woywoden Stephan Bathory von Siebenbürgen, der sich mit der Schwester Sigismund Augusts vermählen und so gewissermassen die Jagellonendynastie fortsetzen sollte.

Diese polnische Wahl war es, welche Maximilian nötigte, den Reichstag mehrfach hinauszuschieben (S. 194). Nie habe er in einer Sache so oft, so viel und so streng Rat gehalten, berichtet uns ein Beobachter am Hofe²⁾. Während rasches Zugreifen erforderlich gewesen wäre, konnte er zu keinem Entschlusse kommen. Einfach zurücktreten schien Ehren halber nicht möglich; auch musste man fürchten, dass Polen unter dem Woywoden, der seine Erhebung hauptsächlich der Fürsprache der Pforte zu verdanken hatte, aus einer Vormauer der Christenheit zu einem vorgeschobenen Posten der Türken werden würde. Die Aussicht, den Nebenbuhler durch gütliche Verhandlungen zum Verzicht zu bewegen, war von vornherein

1) Delfino meldet dies — irrtümlich spricht er von fünf Jahren — am 22. Nov. nach Rom, Theiner II 470. — Dem bayrischen Herzog teilte Max. später mit, der Sultan habe die Verlängerung erst nach langen Ausflüchten bewilligt, als Teuerung, Unwetter u. s. w. seinen Zug zu verhindern drohten. (Instruktion für Hegenmüller, M. St. A. 162/11). — Hansen II S. XV stellt das Verhältnis Max.'s zur Pforte falsch dar.

2) Meldung des bayrischen Agenten Haberstock vom 1. März (v. Bezold I 200 A. 1); um dieselbe Zeit (22. Febr.) berichtet Erstenberger an Albrecht, man habe mit dem polnischen Wesen so viel zu thun, dass man schier allern andern Sachen vergesse (M. St. A. 161/12 f. 133; L. E.).

sehr schwach. Bei bewaffnetem Eingreifen musste man sich auf einen grossen Krieg mit dem Sultan gefasst machen, der erklärt hatte, dass er keinesfalls die Thronbesteigung eines Österreichers dulden werde. Endlich erschienen auch einige Artikel der Wahlkapitulation unannehmbar.

Zwischen diesen Erwägungen schwankte der Kaiser hin und her. Während Bathory rasch die Wahl annahm und nach seinem neuen Reiche aufbrach, wandte er sich zunächst im Laufe des Januar und Februar an einige befreundete Fürsten wie seine beiden Brüder und die Kurfürsten von Sachsen¹⁾ und Brandenburg um Rat und Hilfe. Diese zeigten sich denn auch nicht ungeneigt, ihn im Notfalle mit Darlehen oder auch mit Mannschaft zu unterstützen, wollten aber doch im Grunde von einem gewaltsamen Vorgehen nichts wissen. Erst am 23. März erklärte Maximilian in Wien vor der Abordnung seiner Wähler die Annahme der Krone und beschwor die *pacta conventa*. Doch auch nachher konnte er sich trotz der dringenden Bitten seiner Anhänger nicht entschliessen, selbst nach Polen aufzubrechen oder wenigstens Geld und Truppen zu senden. Ausser der erforderlichen Thatkraft fehlten ihm, da seine nie sehr gefüllte Kasse schon durch die Kosten der Bewerbung²⁾ stark erschöpft war, auch die nötigen Mittel. Ebenso wenig freilich dachte er, obwohl seine Aussichten von Tag zu Tage schlechter wurden — der Woywode liess sich am 1. Mai in Krakau krönen und gewann rasch fast das ganze Land — daran, seine Ansprüche aufzugeben. Vielmehr wollte er vor einem endgiltigen Entschluss erst die Reichsstände hören und diese womöglich in die Sache hineinziehen, vor allem aber eine starke Reichskontribution durchsetzen, die ihm — mit diesem Ausdruck dürfte v. Bezold (I 200) das Richtige getroffen haben — »überhaupt erst die Mittel zu einer freieren polischen Aktion verschaffen sollte«³⁾.

1) Für Augusts Ansichten über die polnische Frage vgl. seine Bemerkungen in den Punktierbüchern, Forsch. XX 33 f., ferner Hopfen 407.

2) Vgl. Gerlach 160, 163, 180.

3) Über die polnische Wahl und die Stellung Max.'s zu derselben vgl.: Hüppe, De Poloniae post Henricum Interregno (Bresl. Diss.) 1866; Gillet II

Schon früh bemühte er sich daher, die mächtigeren Fürsten, bei denen er auf einiges Entgegenkommen rechnen konnte, für eine ansehnliche Türkenhilfe zu gewinnen, und zwar womöglich nach dem gemeinen Pfennig, da diese Besteuerungsart bedeutend einträglicher und überdies gerechter war als die gebräuchlichere nach Römermonaten ¹⁾. Ferner bot er alles auf, möglichst viele von den einflussreicheren Reichsständen zu persönlichem Erscheinen zu bestimmen. Mit Recht hoffte er in deren Gegenwart sein Ziel leichter und vor allem rascher zu erreichen, als in langwierigen Verhandlungen mit den an ihre Instruktion gebundenen Gesandten. An einer möglichst schnellen Erledigung der Reichsgeschäfte hatte er aber das grösste Interesse. Falls er noch irgend etwas gegen Polen unternehmen wollte, war jeder Tag kostbar, und auch sonst konnte er sich nicht allzulange von seinen beständig türkischen Angriffen ausgesetzten Erblanden entfernen.

Mit entsprechenden Aufträgen wurde gegen Ende März Hegenmüller an den Herzog von Bayern, Vieheuser an die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg gesandt. Beide hatten nur geringen Erfolg. Alle drei Fürsten waren zwar bereit, dem Kaiser Reichshilfe zu gewähren, sprachen sich aber entschieden gegen den gemeinen Pfennig aus. Albrecht erklärte, derselbe werde nicht nur kaum zu erlangen sein, sondern sei auch der Sache nicht dienlich und mehrere Jahre nach einander unerschwinglich. Der Brandenburger deutete, wie bereits erwähnt, nicht undeutlich an, dass die Bewilligung der Türkensteuer von der Bestätigung der Deklaration abhängen werde (S. 196). In Person auf dem Reichstage erscheinen wollte keiner. Der Bayernherzog entschuldigte sich damit, dass er auf Rat der Ärzte eine Badekur gebrauchen müsse, Johann Georg mit den grossen Kosten, welche die Reise verursachen würde. Der sächsische Kurfürst vermied es, eine bestimmte Antwort zu geben ²⁾.

293 ff.; v. Bezold I 199 f.; Hirn II 260 ff.; Ritter I 482; Huber IV 273 ff. und bes. R. Nisbet Bain, The polish interregnum 1575 in Engl. hist. review IV (1889) S. 645—66 (die Haltung Max.'s nach der Wahl nur ganz kurz behandelt).

1) Vgl. Th. Rudel, Über die Römermonate (Hall. Diss.) 1886 S. 10 ff.

2) Instruktion für Hegenmüller, Wien 19. März 76, und Antwort Albrechts

Aus seinem Punktiorakel ¹⁾ hatte er entnommen, dass es »aus vielerlei bedenklichen Ursachen« für ihn nicht ratsam sei, sich »rund zu erklären«; doch wünschte er, wenn irgend möglich, »des ganzen Reichstages entnommen und damit verschont« zu werden. Deswegen wie auch wegen anderer Geschäfte — so wegen der Bestätigung seiner Hoheitsansprüche auf die Stadt Magdeburg — sandte er seinen Rat Dam von Sibottendorf nach Wien. Aus den wiederholten Fragen in den Punktierbüchern sehen wir, wie äusserst ungern er sich zu der Reise nach Regensburg verstehen wollte, obgleich er sich von Anfang an sagte, dass seine Entschuldigungen nicht angenommen werden würden ²⁾.

In der That bestand Maximilian, während er die übrigen Wünsche Augusts erfüllte ³⁾, auf seinem persönlichen Erscheinen. Dem Gesandten gegenüber, der an einem der letzten Tage des April bei ihm Audienz hatte, äusserte er, ausser den von August angeführten Gründen — die wir nicht kennen — kämen wohl noch die von dem Brandenburger geltend gemachten grossen Unkosten in betracht. Diese könnten jedoch ohne Schaden der kurfürstlichen Reputation vermindert werden. Wenn die Kurfürsten einen Monat anwesend wären, könne mehr

an diesen, München 9. Apr., (beide Cop.) M. St. A. 162/11. — Vieheuser scheint zuerst zu August (am 11. Apr. hat dieser bereits Sibottendorf mit der Antwort abgefertigt, vgl. Forsch. XX 25), dann zu Joh. Georg gegangen zu sein. Über seine Verrichtung haben wir nur die Mitteilung des Brandenburgers an Lgr. Wilhelm vom 16. Apr. (s. oben S. 196) und einige spätere Bemerkungen, so in dem Schreiben Albrechts an seine Reichstagsgesandten, Augustsburg 8. Juli, M. St. A. 162/11 f. 59 (L. E.).

1) Übrigens unterlässt er auch hier, in seinen geheimsten Aufzeichnungen, nicht, zu betonen, dass er dem Kaiser „in allen möglichen Dingen unterthänig, willig und mit allen Freuden gerne dienen wollte“.

2) Forschungen XX 25 f.

3) In dem bald zu erwähnenden Berichte Sibottendorfs bildet der Besuch des Reichstags den dritten Punkt. Von Wichtigkeit war ausser diesem jedenfalls nur die Magdeburger Sache (Forsch. XX 25). Der Gesandte brachte den neuen Konsens mit (ibid.). Am 27. Mai (s. weiter unten) dankte August dem Kaiser für seine gnädige Erzeigung wegen des Schuldrestes mit der Stadt Magdeburg.

ausgerichtet werden, als sonst in zwei oder drei Monaten. Er hoffe bestimmt auf das Kommen des Mainzers¹⁾ und des Brandenburgers und rechne darauf, dass auch August wenigstens auf kurze Zeit erscheinen werde. Mit diesen dreien sei es dann genug. Als Sibottendorf seine Zweifel an der Bereitwilligkeit der beiden erstgenannten Kurfürsten ausdrückte und hinzufügte, es falle seinem Herrn beschwerlich, allein nach Regensburg zu kommen, erwiderte der Kaiser, indem er durchblicken liess, dass er Augusts wahren Grund wohl kenne, »es wäre an dem, dass der Artikel in causa religionis wieder werde auf die Bahn gebracht werden«, und dann sei dem Kurfürsten sein »Aussenbleiben« nicht zu verdenken, ihm auch »nicht thunlich«, allein dem Reichstage beizuwohnen. Doch hoffe er bestimmt auf sein Erscheinen, wenn er höre, dass Mainz und Brandenburg kommen würden²⁾. In einem dem Gesandten mitgegebenen eigenhändigen Schreiben vom 30. April wiederholte Maximilian seine Aufforderung³⁾.

August entschuldigte sich indessen am 8. Mai von neuem. Als Grund führte er jetzt eigenes Unwohlsein und Krankheit seiner Gemahlin und seiner jüngsten Tochter an. Seit dem Wahltag sei er »wenige Tage rechtschaffen zu pass gewesen«⁴⁾. In Wirklichkeit war es damit nicht so schlimm⁵⁾. Die wahre Ursache seiner hartnäckigen Weigerung war die vom Kaiser erratene. Wie er es überhaupt liebte, sich peinlichen Verhandlungen zu entziehen — man denke an sein Verhalten auf dem Augsburger Reichstage des Jahres 1566⁶⁾ — so wollte er sich jetzt keinesfalls der Erbitterung aussetzen, die bei Beratung

1) Ob mit diesen Verhandlungen gepflogen worden waren, ist mir nicht bekannt.

2) Bericht Sibottendorfs, Wien 30. April, am 8. Mai teilw. an Brandenburg mitgeteilt, (Cop.) B. A. X 34 A.

3) in Augusts Antwort erwähnt.

4) dat. Annaburg, (eig. Cpt.) Dr. A. 8500 Ks. Max. f. 81.

5) Am 1. Mai hatte er noch an Albrecht geschrieben, bei ihm gehe es, Gott sei Dank, gut (M. St. A. 297/10). Später klagt er allerdings auch diesem gegenüber, namentlich über die Schwäche seiner Gemahlin.

6) Ritter I 284.

der Religionsangelegenheiten unvermeidlich schien. Und in der That wäre gerade wegen seiner Mässigung seine Stellung zwischen den Parteien eine sehr schwierige und undankbare geworden. Wenn sie beide, schrieb er an demselben Tage, an dem er sich Maximilian gegenüber auf seine Kränklichkeit berief, an den Brandenburger, sich, wie er fürchte, auf nochmaliges Ansuchen doch noch zur Reise nach Regensburg genötigt sähen, so müssten die Religionsforderungen jedenfalls vor ihrer Ankunft erledigt sein. Sonst hätten sie »genugsame erhebliche Ursachen, zu Hause zu bleiben«, wozu er schon wegen seiner Schwachheit hinreichenden Grund habe. Wir sehen, was sein eigentliches Motiv war, wenn er Johann Georg aufforderte, seine Reichstagsgesandten anzuweisen, die Religionsachen »mit allem Fleiss und ernstem Eifer zu treiben« und zu »urgieren«, dass die Deklaration »ratifiziert und konfirmiert« werde ¹⁾. Der Brandenburger Kurfürst stimmte diesen Erwägungen vollkommen zu, sprach jedoch die Hoffnung aus, dass der Kaiser mit seiner Entschuldigung zufrieden sein werde und fügte hinzu, wegen der streitigen Grenze mit Polen sei es ihm jetzt besonders bedenklich, sein Land zu verlassen ²⁾.

In der That verzichtete Maximilian wenigstens vorläufig darauf, die beiden Kurfürsten zum Besuche des Reichstages zu bewegen. Obgleich ihm nichts lieber wäre, schrieb er am 18. Mai an Johann Georg, als dessen persönliches Erscheinen, so wolle er ihn doch wider seinen Willen und sein Unvermögen nicht dringen, znmal er samt den Seinigen von ihm so viel Gutes empfangen habe, »dass wir's billig nicht allein erkennen, sondern auch dankbar verbleiben« ³⁾. August bat er, ihm sein wiederholtes dringendes Ersuchen nicht zu verargen. Dasselbe sei nur aus »sonderem hohem und brüderlichem Vertrauen« erfolgt. Wisse er doch wohl, dass er an dem Kurfürsten einen guten Gehilfen in allen vorfallenden Sachen haben würde.

1) Annaburg 8. Mai, (Orig.) B. A. X 34 A.

2) Jagdhaus Köpenick 13. Mai, (Cpt.) *ibid.*

3) Es bezieht sich dies wohl hauptsächlich auf die Bereitwilligkeit, mit der Joh. Georg trotz der schweren Erkrankung seiner Gemahlin auf dem Wahltag erschienen war (vgl. oben S. 102 ff.).

Nach diesen Höflichkeitsbezeugungen ging der Kaiser direkt auf sein eigentliches Ziel los, das bisher immer im Hintergrunde geblieben war. Auf das nachdrücklichste bat er beide Kurfürsten, dazu zu helfen, und, wenn sie einmal nicht selbst kommen wollten, wenigstens ihre Gesandten dahin zu instruieren, dass die Deklarationssache, die »leichtlich alle Handlung stecken machen« möchte, »zu besserer, gelegenerer und ruhigerer Zeit eingestellt« werde. Die Zeitläufte, fügte er in dem Briefe an den Brandenburger hinzu, seien auch so schon beschwerlich und gefährlich genug »und mehr vonnöten zu löschen, als Öl ins Feuer zu giessen«¹⁾.

Falls Maximilian auf eine anstandslose Gewährung seiner Bitte hoffte, so sah er sich getäuscht. So leicht war nicht einmal August und noch weniger natürlich Johann Georg zur Aufgabe eines wichtigen protestantischen Interesses zu bewegen. Fast gleich lauteten, obwohl eine vorherige Vereinbarung kaum stattgefunden haben kann²⁾, ihre vom selben

1) Beide Schreiben eigenhändig, Wien 18. Mai; an August (Orig.) Dr. A. 8500 Ks. Max. f. 82; an Joh. Georg (Cop.) B. A. X 34 A. — In dem Briefe an August lautet die betr. Stelle: „Zum andern werden sich E. L. wol wissen zu erinnern, was zu Regensburg furgfallen ist betreffendt Key. Ferd. sel. gedechtnus, meines geliebten hern und vatters, declaration betr. causam religionis, und nachdem es auf ietzt vorstehendem raichstag widerumb mechte auf die pan khumen und dardurch leichtlich alle handlung schtecken machen, welliches bai disen beschberlichen laufen und obligen nit ain geringe zerritung geben möchte, so ist abermals an E. L. main fleissig und hogst bitten und begeren, sie wollen auf die mittl und wege bedacht sein, damit dise sach auf dismal moge verhietet werden und zu besserer, gelegner und ruebiger zait aingeschelt werden; dan E. L. selbst wol wissen, wie es allenthalben der beschberlichen lauf halben geschaffen und durch dises wergh leichtlich noch merer unrat entschtehen möchte, des man gar nit bedürftig, dan sonst unrat genuegsam in der welt ist“. August möge, wenn er nicht selbst komme, seine Räte demgemäss instruieren, „damit diser handl ad meliora tempora et quietiora angestellet werde und merem unglückh zufurkhumen, wie ich mir dan gar khainen zbaifel mache, E. L. es gemainem wesen zum besten unbeschbert sein werden zu dirigieren.“ E. L. guetwilliger brueder Maximilian. — Vgl. auch die Stelle aus dem kaiserlichen Geheimprotokoll bei Hopfen 139.

2) August hatte das ksl. Schr. am 23., Joh. Georg am 25. Mai erhalten.

Tage (27. Mai) datierten Antworten. Beide wiesen darauf hin, dass die Religionssache vom Wahltage auf den Reichstag verschoben sei, und erklärten, um den Streit abzustellen, sei das beste Mittel, dass Mainz und Fulda mit der seit zwei Jahren begonnenen Verfolgung der wahren Religion aufhörten. Der sächsische Kurfürst beteuerte, ihm sei selbst »bei diesen Händeln gar bange und übel« und er wollte wünschen, »dass alle Ursachen dieser Suchung im Reich verblieben« wären; Maximilian möge aber »allergnädigst bedenken«, dass es ihm nicht gezieme, sich in solchen Religionsangelegenheiten von den Ständen der A. C. abzusondern. Ebenso erklärte Johann Georg, dass die Erfüllung des kaiserlichen Wunsches nicht bei ihm allein stehe. Es konnte Maximilian nicht viel nützen, wenn beide ihm im übrigen verhiessen, dass sie seine Anliegen auf dem Reichstage durch ihre Räte auf das beste befördern lassen wollten ¹⁾.

Erst jetzt, nachdem der Kaiser seine Entschuldigung angenommen hatte, entschloss sich August endgiltig, nicht nach Regensburg zu gehen. Am 30. Mai befahl er seinen bereits dort anwesenden Räten, dem Reichsmarschall anzuzeigen, dass das ihm bisher noch vorbehaltene Quartier vom Wahltage, soweit sie es nicht selbst brauchten, anderweitig vergeben werden könne ²⁾.

Während seiner Verhandlungen mit Sachsen und Brandenburg stand Maximilian auch mit Albrecht von Bayern in Briefwechsel. Am 30. April bat er ihn, doch nach seiner Badekur noch den Reichstag zu besuchen. Bei der Hinausschiebung desselben könne er noch rechtzeitig eintreffen. Auch ihm legte er nahe, dass er ja nicht mit grossem Gefolge zu kommen

1) Schreiben Augusts, Torgau 27. Mai (eig. Cpt.) Dr. A. 8500 Ks. Max. f. 84; Schr. Joh. Georgs, Grimnitz 27. Mai (Cop.) B. A. X 34 A, vgl. Heppe, Rest. 105 f. — Antworten des Kaisers sind mir nicht bekannt. Dagegen schrieb dieser am 2. Juni, einen Tag nach seiner Abreise von Wien, aus Tulln an August, er habe dem Grafen Hardeck, der damals — ich weiss nicht, zu welchem Zwecke — als sächsischer Gesandter in Wien gewesen war, allerhand an ihn aufgetragen, (Orig.) Dr. A. a. a. O. f. 85.

2) (Orig.), Dr. A. 10200 Res. El. f. 14.

brauche, »denn man ohne das gottlob weiss, wer der Herzog zu Bayern ist«¹⁾. In einem zweiten Schreiben ersuchte er ihn gleichzeitig, jedenfalls wenigstens seinen ältesten Sohn Wilhelm zur Eröffnung der Reichsversammlung zu senden²⁾. Der Herzog entsprach diesem Verlangen; für seine Person entschuldigte er sich wiederum mit seiner Kur und berief sich auf seine Anwesenheit auf dem Wahltage. Der Kaiser erklärte sich denn auch endlich zufrieden. »Und ob ich gleichwohl E. L.«, erwiderte er, »gern zu Regensburg gesehen hätte, so ist mir doch E. L. Gesund(heit) und Wohlfahrt viel lieber«³⁾.

Mehr Glück hatte Maximilian bei dem Erzbischof von Köln, den er von seiner später zu erwähnenden Romreise zurückrief⁴⁾. Dagegen blieben Verhandlungen mit den beiden anderen geistlichen Kurfürsten, wenn solche stattgefunden haben, erfolglos; ebenso eine am 18. Mai an den Pfalzgrafen ergangene Mahnung. Als dieser sich mit seiner »Leibesungelegenheit« entschuldigte⁵⁾, machte der Kaiser keine weiteren Versuche, ihn zum Kommen zu bewegen. Musste er von ihm doch, ob er anwesend oder abwesend war, gleich starke Opposition erwarten.

Dagegen nahm er die Bemühungen, den bayrischen Herzog und den sächsischen Kurfürsten zum Besuche des Reichstages zu bestimmen, bei der ersten Gelegenheit, die sich bot, wieder auf. Sobald er hörte, dass Albrecht nach Beendigung der Kur seinen Freund August besuchen wolle, richtete er an ihn (25. Mai) mit eigenem Kurier die dringende Bitte, er möge nachher noch nach Regensburg kommen und jenen, wenn irgend möglich, mitbringen. »Denn«, fügte er hinzu, »ich mich E. L. beider Erscheinung und Rats nit wenig sondern zum höchsten getrösten thue«⁶⁾. Gleichzeitig übersandte er ihm eine förmliche Kredenz⁷⁾

1) prs. München 6. Mai, (eig. Orig.) M. R. A. Österr. Sachen VIII f. 240.

2) Hinweis darauf im letztgenannten Schreiben.

3) Wien 17. prs. Überkingen 29. Mai, (eig. Orig.) M. R. A. a. a. O. f. 242.

4) Hansen II 37, 47.

5) Cop. des ksl. Schreibens, von Friedrich nebst Begleitschreiben am 26. Mai an Lgr. Wilhelm gesandt, M. A. RAkten I.

6) (Cop. eines eig. Schr.'s) M. St. A. 297/10; vgl. v. Bezold I 198 A. 3.

7) (Cop.) M. St. A. 297/10.

und ein eigenhändiges Schreiben an August. In dem letzteren führte er aus, dass namentlich die polnische und türkische Sache die Anwesenheit des Kurfürsten sehr wünschenswert machten ¹⁾.

Auf Albrechts sächsische Reise, die für den Verlauf des Reichstages so grosse Bedeutung gewinnen sollte, kommen wir später zurück. Vorher wollen wir uns vergegenwärtigen, mit welchen Erwartungen und Vorsätzen man diesem auf katholischer Seite entgensah.

V. Die katholische Partei.

Dass Deklaration und Freistellung auf dem Reichstage wieder zur Sprache kommen würden, musste man voraussehen; der päpstliche Nuntius rechnete mit diesen Aussichten auch gleich nach dem Wahltage, hoffte aber sehr zuversichtlich, dass es gelingen werde, den protestantischen Ansturm abzuschlagen ²⁾. Andere waren dessen weniger sicher; so der Reichshofratssekretär Andreas Erstenberger, den wir als eifrigen Vorkämpfer der alten Kirche kennen. Indem er dem bayrischen Herzoge, mit dem er, wie wir wissen (S. 27 A. 1), seit längerer Zeit in Verbindung stand, am 22. Februar die in Regensburg übergebene Grafensupplik in Abschrift übersandte, sprach er seine Meinung dahin aus, dass man auf die Umtriebe der Konfessionisten, die nur darauf ausgingen, »durch ungestümes Anhalten oder ex pluralitate votorum einen Vorteil zu erjagen und ein Loch in den Religionsfrieden zu machen«, »nach Gelegenheit ihrer angehefteten Drohungen und bewusster potentia wohl Achtung zu geben« hätte. Albrecht möge daher, mahnte er, mit anderen katholischen Fürsten den Sachen zeitig nachdenken, um den Gegnern, wenn sie auf dem Reichstage »wiederum mit dergleichen Händeln auf die Bahn kommen« würden, gebührend begegnen zu können, »damit nicht etwa (wie zuvor mehr geschehen) etwas Widersinniges verabschiedet oder solches« — hiermit spielte Erstenberger auf die Deklaration

1) Angeführt in Augusts später zu erwähnender Antwort.

2) Theiner II 470.